

1 **Deutschland- der Puff Europas?!**

2 Antragsteller: Kommission Innen und Recht

3 SHR am 05.04.2014

4 Im Jahre 2002 wurde das älteste Gewerbe der Welt durch einen Gesetzesentwurf der rot-grünen
5 Bundesregierung erstmals legalisiert. Das Prostitutionsgesetz trat in Kraft, die Sittenwidrigkeit der
6 Prostitution wurde abgeschafft und Prostituierte hatten erstmals einen einklagbaren Anspruch auf
7 ein für Dienstleistungen erbrachtes Entgelt. Die Rechtsstellung der Prostituierte sollte gestärkt
8 und ein geregelter Dienstleistungssektor geschaffen werden.

9 Deutschland verfügt derzeit über das liberalste Prostitutionsgesetz Europas. Seit 2002 hat sich
10 Deutschland entgegen dieser Intention zur Drehscheibe für Menschenhandel entwickelt,
11 organisierte Kriminalität dominiert das Prostitutionsgewerbe und Zwangsprostitution vor allem
12 osteuropäischer Frauen und Mädchen prägen insbesondere den Straßenstrich in Deutschland. Die
13 Prostitution soll auch langfristig das älteste Gewerbe der Welt, und nicht das kriminellste Gewerbe
14 der Welt sein. Eine Bekämpfung von Menschenhandel und organisierter Kriminalität darf nichts im
15 Wege stehen.

16 Die Junge Union Schleswig-Holstein stuft diese Situation als unhaltbar ein und fordert eine
17 dringende Überarbeitung und Nachbesserung des Prostitutionsgesetzes. Dabei darf die
18 Prostitution jedoch nicht in die Illegalität abgedrängt, sondern die Sicherheit der Prostituierte
19 gestärkt werden. Unerlässlich für eine nachhaltige Änderung sind eine Diskussion auf Augenhöhe
20 mit Prostituierte und anderen Beteiligten und eine sachliche Auseinandersetzung in der
21 Gesellschaft aber insbesondere mit Polizeibeamten. Bevormundung, Drängung in Opferrollen und
22 Wegschauen sind der falsche Weg.

23 Um einen respektvollen Umgang zu ermöglichen, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine
24 intensive Aufklärungs- und Präventionsarbeit, sowie Hilfsangebote für Prostituierte. Der Kontakt
25 mit Behörden muss insbesondere für ausländische Prostituierte erleichtert und Sprachbarrieren
26 abgebaut werden. Hilfe muss für jeden erreichbar vor Ort sein. Ansprechpartner im Millieuumfeld
27 senken die Hemmschwelle für hilfsbedürftige Frauen. Oft werden Straftaten gegenüber
28 Prostituierten nicht angezeigt. Opfer müssen über ihre Rechte aufgeklärt und bei der Anzeige und
29 Aussage unterstützt werden. Unerlässlich ist dabei ein vorübergehendes Bleiberecht der
30 Menschenhandelsopfer für schwebende Verfahren.

31 Gerade körperlicher Kontakt mit unterschiedlichen Menschen erfordert eine erhöhte Sicherheit
32 und Aufmerksamkeit. Dabei müssen insbesondere Prostituierte durch Aufklärungs- und
33 Schulungsangebote für Hygiene- und Gesundheitsrisiken sensibilisiert werden um Krankheiten
34 vorzubeugen. Regelmäßige Gesundheits- und HIV- Tests der Prostituierte garantieren nicht nur
35 ihre Sicherheiten, sondern auch die ihrer Gäste und Freier. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass
36 Prostituierte ihre Tätigkeiten anzeigen und über eine Krankenversicherung verfügen.

37 Aber nicht nur die Prostituierten sind für die Sicherheit zuständig. Auch Bordellbetreiber müssen
38 in die Pflicht genommen werden und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen. Derzeit kann
39 jedermann in Deutschland ein Bordell eröffnen, ohne bestimmte Voraussetzungen vorweisen zu

40 müssen. Diese Gegebenheit wird oft ausgenutzt und Bordelle von bereits verurteilten Mitgliedern
41 der organisierten Kriminalität betrieben. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert eine
42 Konzessionspflicht für Bordelle sowie eine Konzessionspflicht für selbstständige Prostituierte. Die
43 Zuverlässigkeit der Betreiber, sowie räumliche und hygienische Standards müssen gewährleistet
44 sein und somit für Behörden überprüfbar werden. Die personellen und materiellen Ressourcen der
45 Behörden muss so ausgerüstet werden, dass dies auch umsetzbar wird. Ebenfalls muss geprüft
46 werden, ob eine Eingliederung von Prostitutionsstätten in die Gewerbeordnung möglich ist. Damit
47 geht auch eine Abschaffung der Wuchermieten einher, um keine Zwangslagen für Prostituierte zu
48 provozieren.

49 Die Junge Union Schleswig-Holstein steht hinter den Prostituierten, fordert von diesen aber auch
50 einen eigenverantwortlichen Umgang mit ihrem Beruf. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der
51 Prostitution zu fördern, ist auch die Offenheit der Prostituierten erforderlich, nicht nur gegenüber
52 der Gesellschaft, sondern auch gegenüber den einschlägigen Behörden. Zwang und das Ausnutzen
53 von Notlagen der Prostituierte darf dabei keines Falls toleriert werden und muss strafrechtlich
54 verfolgt werden.

55 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 56 • die Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes
- 57 • eine Diskussion auf Augenhöhe und sachliche Auseinandersetzung, insbesondere mit
58 Polizeibeamten
- 59 • eine Aufklärungs- und Präventionskampagne gegen Zwangsprostitution und
60 Menschenhandel
- 61 • den Kontakt mit Behörden erleichtern und Sprachbarrieren abbauen (mehr
62 Ansprechpartner im Milieuumfeld)
- 63 • ein vorübergehendes Bleiberecht für Menschenhandelsopfer im schwebenden Verfahren
- 64 • regelmäßige Gesundheits- und HIV-Tests
- 65 • eine Anzeigepflicht für Prostituierte sowie Sozialversicherungspflicht
- 66 • eine Konzessionspflicht für Bordelle
- 67 • eine Konzessionspflicht für selbstständige Prostituierte
- 68 • eine Eingliederung in die Gewerbeordnung
- 69 • ein Verbot von Wuchermieten
- 70 • die personelle und materielle Ausstattung der Behörden zur Durchführung von Kontrollen